

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Bornhorts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 2500-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

England und die deutschen Wahlen.

Keine Einmischung — aber stärkstes Interesse.

Aus London wird uns aus fahrenden Kreisen der Arbeiterpartei geschrieben:

Es sind in letzter Zeit hier Berichte eingetroffen, wonach die deutsche Rechte in Deutschland demnach stark zu werden droht, daß ihr Sieg bei den kommenden Reichstagswahlen in den Bereich der Möglichkeiten gerückt sei. Aus Grund von Äußerungen der leitenden Persönlichkeiten des jetzigen Kabinetts können wir die Versicherung geben, daß diese Berichte in Downing-Street (die Londoner Wilhelmstraße, Red. d. „V.“) mit Sorge aufgenommen werden. Selbstverständlich wollen die Mitglieder der britischen Regierung unbedingt vermeiden, irgend etwas zu unternehmen, was als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes angesehen werden könnte; aber ihre Zurückhaltung vermag natürlich nicht, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß sie im Hinblick auf diese Entwicklung sehr ernsthaft besorgt sind.

Das unmittelbare Hauptziel der ausmütigen Politik Macdonalds ist die Wiederherstellung des internationalen guten Willens und geordneter Verhältnisse in Europa. Macdonald selbst hat wiederholt seine Absicht zum Ausdruck gebracht, die Frage der Reparationen und die anderen damit zusammenhängenden Probleme in Angriff zu nehmen, sobald der Bericht der von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenauschüsse vorliegen wird. Der Ton der französischen und der englischen Presse während der letzten Wochen wird als ein günstiges Vorzeichen für den Erfolg dieses Wertes angesehen. Allerdings wird hier die Mitwirkung der deutschen Regierung als ebenso wesentlich empfunden wie die Mitwirkung Frankreichs, wenn endlich die Wirren, die Europa seit dem Waffenstillstand heimgeheuchelt haben, beigelegt werden sollen.

Aus diesem Grunde hat auch Ministerpräsident Macdonald jüngst in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten ausgeführt, er würde aufs tiefste jeden Schritt bedauern, der geeignet sei, Deutschlands Beteiligung an Verhandlungen zu stören, deren Erfolg ihm für das künftige Wohlergehen Deutschlands ebenso notwendig erscheine wie für den Frieden und die Wohlfahrt ganz Europas. Nach solchen und ähnlichen Erklärungen von autoritativer Stelle kann ohne Sorge, dadurch etwa ein Demotus zu veranlassen, ausgesprochen werden, daß der Ministerpräsident und sein Kabinet einig sind in der festen Hoffnung, die deutsche Politik werde — welche Regierung auch aus dem neuen Reichstag hervorgehen möge — von jenem Geist der internationalen Gemeinschaftsarbeit durchdrungen sein, der nach ihrer Überzeugung allein die Wiederaufrichtung Europas verbürgt.

Macdonalds Friedensbemühungen.

Paris, 25. März. (W.T.B.) Die Morgenblätter drücken sich äußerst unbestimmt über die gestrige Unterredung des französischen Botschafters mit Macdonald aus, die anderthalb Stunden in Anspruch genommen hat. Nach dem „Matin“ ist außer über allgemeine Meinungen nur über eine einzige bestimmte Frage gesprochen worden, nämlich über die Frage, wann

der Bericht der Sachverständigen

der Reparationskommission übermittelt werde. Der französische Botschafter hat von dem englischen Premierminister verlangt, er möge wie Poincaré von den französischen Sachverständigen von den britischen fordern, daß sie die Enquete bald zu Ende führten. Poincaré wolle die interoffizielle Diskussion über die Sicherheits- und Reparationsfrage recht bald anschnitten, möglichst im Laufe des April, wo er durch andere Geschäfte nicht behindert sei.

Weiter sagt der „Matin“, die Veröffentlichung des Gelbbuches habe allein nicht genügen können, den englischen Premierminister

über die französische Ansicht aufzuklären. Er habe möglicherweise geglaubt, daß die französische Regierung sich an die gegenseitigen Allianz- und Garantieforneln halte, während sie im Gegenteil geneigt sei, mit Rücksicht auf die vitalen Interessen Frankreichs

die Sicherheitsfrage

von allen Gesichtspunkten aus zu prüfen. Wenn Macdonald lieber einer allgemeinen europäischen Regelung zustimmen wolle, könne man das begreifen und darin das Gute erblicken, daß er die Notwendigkeiten der französischen Verteidigung zu berücksichtigen suche. Bis zu den deutschen Wahlen werde die Debatte über die Sicherheitsfrage allerdings eines wesentlichen Elements entbehren.

Wenn die Wähler eine rechtsgerichtete Mehrheit in den Reichstag schickten, dann wäre es unnütz, weitergehende Kombinationen in Frage zu ziehen, da man nicht auf den guten Willen Deutschlands bauen könne.

Der französische Botschafter sei nicht beauftragt gewesen, Vorschläge zu unterbreiten. Es sei auch zweifelhaft, ob Macdonald solche gemacht habe. Aber soweit diplomatische Verhandlungen nützlich könnten, sei es gut, daß vor den wichtigen Zusammenkünften des kommenden Monats das Terrain geebnet werde.

„Zeit Parisien“ ist auch die pfälzische Angelegenheit, insbesondere die Frage der bayerischen Beamten, berührt worden. Es sei auch sicher, daß der französische Botschafter Macdonald mitgeteilt habe, daß sich die französische Regierung, wenn sie sich auch nicht weigere, einer

Änderung des Besetzungssystems im Ruhrgebiet

zustimmen, doch zur vollkommenen Räumung dieses Gebietes nicht entschließen könne. Jedenfalls hätten die beiden Staatsmänner in Verbindung mit dieser Frage auch von dem Pfänderstystem gesprochen. Der französische Botschafter habe, wie leicht zu erraten sei, die Unmöglichkeit hervorgehoben, auf die beschlagnahmten produktiven Pfänder zu verzichten, außer in dem Falle, daß die Alliierten sich darüber verständigten, sie durch ebenso wirksame Garantien für die Gesamtregelung zu ersetzen. In der Hauptsache aber habe die Unterredung der Sicherheitsfrage gegolten.

Ein offizieller Kommentar.

Paris, 25. März. (W.T.B.) Ueber die gestrige Unterredung zwischen dem englischen Premierminister Macdonald und dem französischen Botschafter berichtet havas aus London: Die Unterredung habe der englischen Regierung Gelegenheit gegeben, sich davon zu überzeugen, daß die französische Regierung die Garantie, die sie zurzeit im Ruhrgebiet in der Hand habe, nicht ohne Kompensationen aufgeben könne. Wenn im Laufe des derzeitigen Meinungsaustausches neue Modalitäten gefunden werden sollten, so könnten sie ihren Ausdruck in einem Kompensationssystem erhalten, das die Möglichkeit böte, etwas den produktiven Pfändern Gleichwertiges zu schaffen. An eine Änderung des derzeitigen Standes der Dinge sei nicht zu denken, solange Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe.

Die Presse unterstreicht die große Bedeutung, die man in politischen Kreisen dieser Unterredung beimesse. In diplomatischen Kreisen betrachte man das Ergebnis als ein gutes Vorzeichen für die „zweite Phase der Unterhandlungen“. Man halte diese zweite Phase für bevorstehend, obwohl darauf hingewiesen wird, daß die englische Regierung wiederholt der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß nach ihrer Auffassung eine Erörterung der Fragen selbst nicht stattfinden könne, bevor der Bericht der Sachverständigen der Reparationskommission überreicht worden sei.

Verteidigersprüche im Hitler-Prozess.

Von Gefühlen, Notwehr, Karthago und anderen Dingen.

In den letzten Tagen während der Plädoyers ist unter den Angeklagten eine allgemeine „Uebermüdungsfrankheit“ eingetreten. Vor zwei Tagen ließ sich Bräuner beurlauben, gestern Kriebel, und heute haben sich Hitler und Böhner beurlauben lassen. Rechtsanwalt Roder sprach von der Uebermüdung der Angeklagten durch die 10 Stunden täglich andauernden Verhandlungen und regte längere Erholungspausen an. Der Vorsitzende aber meinte unter dem Schirmjargon des ganzen Gerichtshofes, die Herren Verteidiger sollten sich bei den in der Tat ungeheuer ausgedehnten Plädoyers lieber etwas beschränken.

Dann erhielt Justizrat Schrömm für den angeklagten Führer der Reichstriebskette, Hauptmann Köhn, das Wort. Aus seinem ebenso phrasenreichen wie inhaltlosen Plädoyer einige Kostproben:

1. Die Fahr, Löffow, Selzer haben ein schweres Verbrechen an „Seiner Exzellenz“ Ludendorff begangen. „Man hat sogar Haftbefehle gegen unseren großen Feldherrn erlassen, um den uns die ganze Welt beneidet. Das Blut bleibt e'nein in den Aderen stehen, wenn man denkt, daß der große Feldherr von einem oder zwei bayerischen Soldaten in der Nacht hätte aufgegriffen werden können.“

2. „... Das Blutbad am Odeonsplatz kommt auf die, die aus feindlicher und niedriger Rache und persönlichem Ehrgeiz den Befehl zum Feuer gaben. Und aus dem Blut, das dort geflossen, wird einst der Geist Exzellenz Ludendorffs aufstehen mit derurchbaren Anklage: Hier ist von bayerischen Soldaten auf mich geschossen worden.“

3. „... Jeder von uns weiß, daß der ganze Norden auf die befriedende Tat wartete. In Berlin war der Marsch nach dem Norden zu einer Kabarettnummer geworden, die stets großen Beifall auslöste.“

4. „Ein bekannter Rechtslehrer hat den Satz geprägt: „Es gibt Fälle, in denen das Urteil mit dem Gefühl befolgt, mit dem

Verstand begründet werden muß.“ § 53, der von der Notwehr spricht, gibt Ihnen die Möglichkeit, ein Urteil zu fällen, das dem gefunden Rechtsgefühl des Volkes entspricht. Volkstimme ist Gottesstimme. Und das Volk hat sein Urteil längst gefällt.“

5. „Angenommen, in Berlin wird die Entwicklung so, daß über dem Reichstag die rote Flagge weht. Wer würde dann das Befreiungswort wagen, wenn der Staatsanwalt mit dem Hochverratsparagrafen hinter ihm steht. Der § 81 war für die Monarchie gemacht. Mein Rechtsgefühl bäumt sich dagegen auf, daß dieser Paragraph die Verfassung schützt, die das Geständel, die Verbrecher und Hochverräter sich selbst geschaffen haben.“

6. „Auch die jungen Männer, die den Lumpen Heinz Orbis abgetan, könnte kein deutsches Gericht verurteilen. Genau so liegt der Fall hier.“

7. „Der Zusammenbruch von Karthago hat eine verfluchte Ähnlichkeit mit dem Dolchstoß gegen Deutschland. Greifen Sie in die Speichen des rollenden Rades und verhüten Sie, daß Deutschland das Schicksal Karthagos teilt.“

Die Börse „etwas freundlicher“.

Heute gestaltete sich die Tendenz an der Berliner Börse etwas freundlicher. Die Spekulation führt die festere Tendenz auf die jetzt einkehrenden Interventionskäufe der Banken zurück. Es kommt hinzu, daß die schwersten Verluste aus der Frankpekulation, soweit es sich um sofort fällige Engagements handelt, zunächst gedeckt sein dürften. Gestern fanden im Ufanoehandel nach freiwillige Exekutionen statt. Infolgedessen stieg der Frank an einzelnen deutschen Börsen gestern bis zu einer Parität von 74 für das englische Pfund. Nach dem Aufhören dieser Deduktionskäufe macht sich eine neue Verflauung der französischen Valuta bemerkbar. Heute wurde in Berlin das englische Pfund mit 79 Frank gehandelt.

Unsere Pflichten für die Jugend.

Von Gustav Hochhanau.

In diesem Jahre rückt sich jetzt, da die herangewachsene Jugend aus der Schule entlassen wird, besonders schwer die ungenügende Fürsorge für die Heranbildung eines tüchtigen Arbeiter-Nachwuchses. An mehr oder weniger schönen Bestimmungen auf dem Papier fehlt es freilich nicht. Die Gewerbeordnung enthält eine Reihe von Schutzvorschriften, die Handwerks- und Gewerbetreibenden betätigen sich auf diesem Gebiete, vor allem aber haben es auch die Gewerkschaften nicht an den nötigen Anregungen fehlen lassen und sind in vielen Tarifverträgen für die Lehrlinge und Jugendlichen eingetreten. Auch das Reichsarbeitsministerium fehlt hier nicht. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat im Mai vorigen Jahres „Allgemeine Bestimmungen für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ bei den Arbeitsnachweisämtern und außerhalb derselben erlassen. Darin heißt es z. B.: Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen hat sich zu erstrecken auf

- a) die planmäßige Vorbereitung der Berufswahl Jugendlicher und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Berufsfragen;
- b) die Erzielung von Rat und Auskunft in allen Fällen, welche die Berufswahl sowohl beim Eintritt in das Berufsleben wie beim Berufswechsel und die Berufsausbildung und Berufsbildung betreffen;
- c) den Nachweis von beruflichen Ausbildungswerkstätten;
- d) die Vermittlung in beruflich, sittlich und gesundheitlich einwandfreien Ämtern und Lehrstellen.

Was die öffentlichen Arbeitsnachweise nach dieser Richtung hin tatsächlich leisten, mag dahingestellt sein. Entscheidend ist vielmehr, daß die augenblicklichen ungünstigen Verhältnisse: Arbeitslosigkeit oder ungenügender Verdienst es vielen Eltern aufs äußerste erschweren oder geradezu unmöglich machen, ihre Söhne und Töchter so für den zukünftigen Beruf auszubilden zu lassen, wie es nötig wäre und wie sie selbst es wünschen. In solchen Fällen versagt die jetzige Fürsorge so gut wie ganz.

Aber auch mit der Beschaffung wirklich passender Lehrstellen ist es schlecht bestellt. Nur zu oft haben sich Eltern bereits seit Monaten bemüht, ihr Kind in eine passende Stelle zu bringen, und schließlich müssen sie den Lehrvertrag abschließen, obgleich sie nicht das nötige Zutrauen zu dem Lehrmeister haben. Außerdem gibt es Lehrmeister genug, die zunächst den besten Eindruck machen, sich bald aber als völlig unfähig für ihre Aufgabe erweisen. Die Gewissenlosigkeit mancher Betriebsleiter in der Ausbeutung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ist geradezu grenzenlos. Das mögen einige Belege aus den letzten Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten beweisen. Aus dem Regierungsbezirk Arnberg heißt es: In dem Vorraum einer Blei- und Zinnhütte des Ländschreiber Bezirkes wurden jugendliche Arbeiterinnen mit dem Einpacken kleinerer Metallgegenstände beschäftigt. Da sie hierbei den austretenden Säuredämpfen ausgesetzt waren, mußte die Beschäftigung unterlagert werden. — In einer Anzahl Metallwarenfabriken wurden jugendliche Arbeiter bei Bedienung der maschinell angetriebenen Pressen angetroffen, obgleich mitunter sogar die notwendigen Schutzvorrichtungen fehlten. — Ebenso wurden mehrfach Jugendliche an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. — Nicht selten wurden Jugendliche bei solchen Arbeiten festgesteckt, die ausdrücklich durch Gesetz verboten sind, z. B. in Fabriken feuerfester Steine bei der Handformerei, in Ziegeleien bei der Beförderung der Rohstoffe, im Steinbruch beim Verladen von Schuttmassen, in Glashütten bei der Herstellung des Gemenges im Gemengeräum. — Im Regierungsbezirk Wiesbaden wurden in einem Betriebe zur Verarbeitung von Flachs trotz vor- ausgegangener Verwarnung Jugendliche in der Handhebelelei angetroffen; und in mehreren Steinbrüchen wurden Jugendliche bei der Herstellung von Kleinschlag beschäftigt.

Auch aus Handwerksbetrieben hört man Klagen: In Baden beschäftigte ein Mechaniker sieben Lehrlinge, mit denen er Lehrverträge abgeschlossen hatte. Da ihm ein Geselle nicht zur Seite stand, konnte von einer geregelten Ausbildung der jungen Leute keine Rede sein. — In Württemberg wurde in einer Buchdruckerei auf dem Lande die Arbeitszeit bis wöchentlich 69 Stunden verlängert; auch wurden die Lehrlinge zu Feld- und Gartenarbeiten bis 1/10 Uhr abends herangezogen.

Endlich noch einige Beispiele aus den kaufmännischen Betrieben. Aus dem Bezirk Nürnberg-Gürth: In einer planmäßigen Ausbildung der Lehrlinge fehlte es recht häufig. Fünf Lehrlinge wurden fast ausschließlich zu gewerblichen Lager-, Keller- und Gartenarbeiten verwendet. — In Baden mahlten in einem Baugeschäft die kaufmännischen Lehrlinge Baumaterialien ausladen und auf den Bauten Abfallholz zusammenlesen. Die meisten Klagen liefen aus Eisenhandlungen ein. Da hier oft kein gewerblicher Arbeiter beschäftigt wurde, mußten die Lehrlinge auch die vorkommenden gewerblichen Arbeiten wie Ausladen verrichten, so daß sie manchmal bis zum dritten Lehrjahre noch kaum mit kaufmännischen Tätigkeiten betraut worden waren.

Die Sozialdemokraten in dem Reichstage und den Landtagen haben immer wieder auf diese schweren Mißstände hin-

gemessen, die sowohl eine unverantwortliche Verfündigung an den jungen Arbeitern und Angestellten als auch eine schwere Schädigung der Gesamtheit sind. Insbesondere haben sie darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß die Großbetriebe gezwungen werden, müßigerartige Lehrwerkstätten für eine angemessene Zahl von Lehrlingen einzurichten. Auch hierfür können wir uns auf die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbeamten berufen. So heißt es in dem Bericht über den Regierungsbezirk Magdeburg: Von bestem Einfluß nicht nur auf die handwerkliche Ausbildung der Lehrlinge, sondern auch auf ihr Benehmen sind die besonderen Lehrwerksstätten, die bereits früher in einigen großen Betrieben, in neuerer Zeit auch in kleineren Betrieben eingerichtet worden sind. Sie sind von dem übrigen Betriebe vollkommen abgeschlossen und ermöglichen es, daß für diesen Zweck besonders geeignete Lehrmeister die Lehrlinge während der beiden ersten Lehrjahre planmäßig ausbilden und überwachen. Im Regierungsbezirk Arnberg ist „erfreulicherweise“ wiederum ein größeres Werk in Vippstadt zur Einrichtung von Lehrwerksstätten geschritten. Die dortige „Union“ hat ihre Lehrwerksstätte mit Werkstätte durch Vermehrung der Lehrkräfte und Aufstellung neuer Maschinen erweitert. In der Lehrwerksstätte arbeiteten durchschnittlich 130 Lehrlinge. Die Werkstätte wurde von 489 Schülern besucht. An Lehrkräften standen ein Hauptlehrer (Gewerbelehrer) und 18 nebenamtlich beschäftigte Lehrer zur Verfügung, unter ihnen Bergingenieur, Meister, Lehrer der Maschinenbau- und Volksschule. Die Leistungen der Lehrlinge sowohl dieser als auch anderer Lehrwerksstätten und Werkstätten als auch das Betragen der jungen Leute außerhalb des Betriebes waren nach Mitteilung der Schulleitungen durchweg zufriedenstellend. In dem Bericht über den Bezirk Oberbayern-Land werden als bemerkenswert die Lehrwerksstätten der Deutschen Werke A.-G., besonders die Werke in Dachau, hervorgehoben; sie weisen hervorragende Lehrlingsleistungen auf.

Solche Erfahrungen verpflichten uns, Gesetzgebung und Verwaltung dahin zu drängen, daß alle Großbetriebe verpflichtet werden, in dem erforderlichen Maße die Einrichtungen zur zweckmäßigsten Ausbildung des Arbeiter Nachwuchses zu schaffen. Außerdem darf es nicht länger an der Fürsorge fehlen, die es selbst der ärmsten Familie ermöglicht, ihre Kinder gründlich auszubilden zu lassen. Vor allem aber haben die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Gewerkschaften und in den Betrieben für die Arbeiterjugend einzutreten.

Ein großer Unbekannter.

Der Pommerische Landbund in Ostpre.

Es war der Pommerische Landbund, der ganz besonders völkische, der in den kritischen Rosembertagen, als der Ausnahmezustand übers Reich verhängt wurde, in die Welt telegraphierte: „Wir stehen treu zu Herrn v. Kahr!“ Was einer Kriegserklärung gegen das sündige Berlin gleichkam.

Ah ja, es war eine Freude in den pommerischen Bauernherzen, wenn sie des bayerischen Bismarck gedachten! Man erinnert sich heute noch mit geheimem Gruseln jener Stunden, da Kahr als Gast in der dritten Generalsversammlung jenes Landbundes erschien und das Organ des Bundes folgendermaßen berichtete:

„Zu prächtigem Hohenzollernweiser zerrig die Sonne am Freitag, den 20. Januar, die Wolkten, als mit dem Zuge von Berlin her einer große Unbekannter eintraf, der auf dem Programm der Generalsversammlung als Redner über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands statt namentlich mit *** angegeben war. Richtig es dieses geheimnisvolle Etwas sein, was besonders anziehend wirkte, oder auch der Wunsch der Landbevölkerung, einmal in Stettin sich anzusehen, wie denn nach außen hin die Macht des Landbundes zum Ausdruck komme, — jedenfalls war der Saal der Turnhalle für die Generalsversammlung bis auf den letzten Platz besetzt, und es mußten die Türen zu den Em-

poren geöffnet werden, damit die Fülle von Menschen, welche im Saal keinen Raum mehr fanden, sich von oben her mit anhören konnte, was der Landbund und die nahe stehenden Freunde heute einer treuen Mitgliedschaft zu sagen hatten.“

Ja, es war ein sonniger Tag, dieser 20. Januar 1922 mit dem Hohenzollern-Weiser! Der „große Unbekannte“ hätte freilich lieber Wittelsbach-Weiser gehabt, aber in der Not und in Pommern...! Kurz und gut, die robusten Agrariergestalten gerieten in spiritistische Verzückung, als der Schleiter vom Bild von München fortgenommen wurde:

„Als Geheimrat Boigt geendet hatte und Herr v. Henkebrück als Versammlungsleiter den Unbekannten mit den Worten begrüßte: „Und nun, meine Herrschaften, habe ich Ihnen ein erfreuliches Ereignis mitzuteilen, unter uns ist der bayerische Ministerpräsident a. D. Dr. v. Kahr erschienen“, da war es, als ob der ganze Saal wie elektrisiert von einem einzigen Funken, der aus dem Hlen und aus dem Herzen dieses Mannes unter die Menge sprang, in die Höhe getrieben wurde, „und es wird den ganzen Teilnehmern der Generalsversammlung bis an ihr Lebensende ein unauslöschlicher Eindruck sein, den Mann sprechen gehört zu haben, auf den noch heute ganz Bayern schwört...“

Das war damals! Und dann kam der kritische Monat des Jahres 1923, als die „Herren aus dem Norden“, von denen im Hitler-Prozess so viel die Rede ist, mit Kahr am Staatsstreich schiedelten, als der Landbund in völliger Verleugnung der Sachlage aus seiner spiritistischen Verzückung heraus in die Welt telegraphierte: „Wir stehen treu zu Kahr...!“

Inzwischen ist Kagenjammerstimmung eingetreten. Inzwischen hat man eingesehen, daß der „große Unbekannte“ nur allzu bekannt gemorden ist und jetzt zu den Leuten gehört, die man nicht unter den Linden zu grüßen. Man denke, was der Sonderberichterstatter des „Tag“ über seine Vernehmung schrieb:

„Weise, rauh, manchmal brüchig erklingt eine zitternde Stimme. Was Kahr erwidert, zeigt so erschreckend geringe politische Einsicht, daß man starr ist vor Schreck. Das wäre, denkt man, ein Staatsmann der neuen Zeit? Aufhören, möchte man rufen. Aufhören! Es ist genug!“

Und dieser Sonderberichterstatter war doch am 8. November für sein deutschnational-putschistisches Blatt extra nach München gereist, um den großen „Absprung“ Kahrs mitzuerleben!

Jetzt sind alle von Kahr enttäuscht, die ihn früher in den Himmel erhoben. Aber sie sind alle durch ihren Heros mitblamiert, die völkischen Karren, die an ihn glaubten, und die agrarischen Drahtzieher, die in ihm ein Werkzeug ihrer gegenrevolutionären Pläne erblickten. Kahr hatte in Bayern die Reichsgesetze außer Kraft gesetzt. Das glaubten die norddeutschen Agrarier auch in Preußen fertigbringen zu können. Man soll sich deshalb bei der Wahl am 4. Mai dieser sauberen Bundesbrüder erinnern!

Sie lebet noch...

Nämlich die altpreussische konservative Partei.

Nach der „Kreuzzeitung“ hat am Montag eine Sitzung des Älteren Vorstandes der Deutschkonservativen stattgefunden, die seit der Revolution ihr Eigenleben ausgelebt und sich schamvoll in die Deutschnationalen Partei geflüchtet hatten.

Man erfährt jetzt, daß der alte Henkebrand aus Gesundheitsgründen den Vorsitz niedergelegt hat und daß Westarp sein Nachfolger sein soll. Der Vorstand der alten Adelspartei (zweiter Vorsitzender ist Graf Seidlitz-Sandreczki) hat auch Richtlinien für die Reichstagswahl herausgegeben. Natürlich ganz deutschvölkisch. Seitdem „deutschnational“ sein heißt, steht in jeder Rundgebung dieser Seite das Wort völkisch wieder.

Die Grafen-Wulle-Henning-Hitler lachen darüber. Besonders wenn sie an den Brief des Grafen Westarp über die Vorgänge des Jubiläums denken!

Der Parteitag verschoben.

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hat in seiner heutigen Sitzung nach kurzer Aussprache einstimmig den Beschluß gefaßt, den Parteitag, der am 13. April in Berlin beginnen sollte, bis nach den Reichstagswahlen zu vertagen.

Die gestohlene Wahrheit.

In Sachen der vom „Montag-Morgen“ veröffentlichten „Stahlhelm“-Dokumente meiden sich nunmehr die Ertappten. Sie können die Echtheit der Dokumente nicht leugnen. Das Rundschreiben vom 11. November, in dem von der Errichtung des Direktoriums und von Unterredungen mit Seckl und Stressemann die Rede ist, entspricht den Tatsachen. Der Entwurf über die Einrichtung und Handhabung der Diktatur ist gleichfalls echt. Er befand sich bei den Akten der Bundesleitung. Der Stahlhelmbund verfallt auf die nahegelegende Ausrede, daß es sich hierbei um das Konzept eines „früheren“ Mitarbeiters handle, der seit drei Monaten aus besonderen Gründen „ausgeschlossen“ sei. Man kennt derartige Verschleierversuche aus ähnlichen Fällen zur Genüge. Die Deffentlichkeit interessiert nur die Tatsachen und die können auch von der Bundesleitung nicht abgeleugnet werden.

Interessant ist, was die Bundesleitung des „Stahlhelms“ weiter zu der Sache zu sagen hat. Sie erklärt, der Entwurf sei zusammen mit anderen bei der Bundesleitung als „Konzepte“ aufbewahrten Akten von einem ungetreuen Angestellten gestohlen worden. Man werde sich demnach wohl „auf einige weitere, gleich wertbeständige Enthüllungen“ gefaßt machen müssen.

Enthüllungen oder nicht, wir meinen, es ist die Pflicht des Staatsanwalts, sich für die Sache näher zu interessieren. Der „Stahlhelm“ behauptet, eine unpolitische, überparteiliche Bereinigung zu sein und weist den Verdacht, ähnliches zu betreiben wie die illegalen geheimen Putschorganisationen, zurück. Wir wissen aber, daß er in verschiedene illegale Waffensaffären verwickelt ist und daß er die Beschaffung von militärischen Ausrüstungsgegenständen wie Stahlhelmen und Uniformen betreibt. Die Veröffentlichungen des „Montag-Morgen“ beweisen, daß er sich auch in sehr aktiver Weise mit Politik befaßt, und zwar in hochverräterischem Sinne. Will man vielleicht diesen Treibern wieder so lange tatenlos zusehen, bis den Herrschaften wieder einmal ein Putsch gefällig ist?

Deshalb...

Der Reichstag muß desorganisiert werden!

Der kommunistische Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg erläßt einen Aufruf an sein „Volk“. Selbstverständlich und gar nicht anders zu erwarten: Die Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Partei, sie hat „bewußt und planmäßig, das Proletariat an die Bourgeoisie ausgeliefert“. „Die Sozialdemokratie gilt es heute hauptsächlich zu schlagen, um die Bourgeoisie zu schlagen!“

In diesem Ton geht es weiter bis zum Schluß, allem es heißt: „Deshalb scheidet in den Reichstag Kommunisten, die ihn so desorganisieren sollen, wie es Liebknecht tat.“

Nun hat zwar Liebknecht den Reichstag nicht desorganisiert. Er hat nur zweierlei erreicht: Einmal hat er sich selbst unmöglich gemacht, und dann, das ist das Schlimmere, die große Partei der Arbeiter gesprengt und sie in ihrer Schlagkraft gelähmt.

Deshalb können Kommunisten nur von denen gewählt werden, die ein Interesse daran haben, daß die Arbeiterschaft in dauerndem Bruderkampf sich zerfleischt. Deshalb...

In Oloberstein soll der deutsche Volkbund in Rattowig vom Völkerverbund als rechtmäßige Vertretung der deutschen Völkheiten rechtlich anerkannt worden sein. Der polnische Vertreter Stirnunt hat diese Entscheidung ausdrücklich angenommen.

Keine Verlegung des Archivs von Kurich. Obwohl eine Reihe sachlicher Erwägungen für die Verlegung des Staatsarchivs von Kurich nach Osnabrück sprechen, hat das Staatsministerium beschlossen, von einer Verlegung des Archivs von Kurich abzusehen.

Psychologie der Kinderzeichnung.

Wir alle haben solche Jugendwerke geschaffen, mit dem Griffel auf der Schiefertafel, in unbewachten Augenblicken auf den Rändern der Schulbücher, mit Buntstift und Luftkissen, noch ehe man uns erzieherisch von Pastellfarben und Aquarellzeichnungen sprach, und oft genug war der Griffel die tiefste Kreidzeichnung am Zaun des Nachbarhauses, die durch den schlichten Hinweis: „Frühe ist das“ entscheidene Vorüberblenden darlegte. Was früher unbeachtet von den „Großen“ beiseite gelegt wurde, wird heute gesammelt, sorgfältig gesichtet. Wissenschaftler und Forscher bemühen sich um diese primitiven Dokumente kleiner Menschenleben.

Es handelt sich hierbei nicht um pädagogische Betrachtungen, um den Einfluß des Zeichenunterrichts oder ähnliches. Man verliert nicht mehr aus möglichst unbefangenen Kinderzeichnungen den psychischen Gehalt herauszufiltrieren und nach den verschiedensten Richtungen hin auszuwerten. Man hofft auf dieser Basis der Lösung von Problemen wie „Hat das Kind Phantasie?“, „Wie stellt sich der Zusammenhang zwischen Kinderzeichnungen und der Produktion der Künstler, vor allem der „Primitiven“ dar?“, „Was ergibt ein Vergleich mit den Arbeiten Geisteskranker?“ näherzukommen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat das Institut für Kulturforschung ein Internationales Archiv für Kinderzeichnungen angelegt. In den Beginn der Sammlung — um gleichzeitig auch weite Kreise für dieses neue Forschungsgebiet zu interessieren — setzte die Leitung eine Ausstellung von 250 russischen Kinderzeichnungen.

Man findet in diesen Bildern in Bleistift, Buntstift und Aquarell wenig, was man als spezifisch russisch oder was man als besonders charakteristisch für das ländliche Sowjetkind bezeichnen könnte. Rabane Häuser, Blumen, kleine Darstellungen aus dem Leben, insbesondere von jungen Kindern dargestellt weisen kaum rationales Gepräge auf. Wenn auch hier der Samowar, die russische Teemaschine, einmal sorgfältig hingezichnet ist, auf einem anderen Blatt der echt russische Kirchturm im Hintergrunde der Landschaft auftaucht, so sind dieses doch Nebensächlichkeiten in der primitiven und, wenn man hieraus einen gewiss vorläufigen Schluß ziehen möchte, internationalen Empfindungswelt des Kindes. Ganz ähnlich Wiederholungen von Natureindrücken kann man auch bei unteren Kindern feststellen. Bei der Betrachtung der russischen Kinderzeichnungen darf man natürlich auch den wesentlichen Faktor nicht außer acht lassen, daß die kleinen Zeichner in Kinderheimen auf dem Lande leben und ihnen so umfangreiche Themen wie z. B. das geschäftliche großstädtliche Straßenleben mit seinen Autos, Bahnen und was sonst alles in den Gesichtskreis des Stadtkindes tritt, völlig fremd sind.

Im „Prinzipien“ Buch „Kinderzeichnungen“ in der Ausstellung des Jahres 1921 von Fritz Wierich in Mannheim veranlaßt wurde, und in den Arbeiten des Leipziger Kulturwissenschaftlichen Instituts sind mit die ersten Schritte auf dem Forschungsgebiet der Kinderzeichnungen gemacht worden. Das Leipziger Institut für Kulturforschung hat sich diesem Arbeitsgebiet ausschließlich mit der Zusammenfassung mit der „Psychologie des manuellen Schöpfens“, hier wurden die interessantesten „Kalerhände“ im

Film“ festgehalten. Ebenso wie unsere großen Künstler, Liebknecht, Steeg, Corinth, Drick, Beckstein u. a. ihre Hände hier im wahren Sinne des Wortes in den Dienst der Wissenschaft stellen, gedankt das Institut nun auch als streng wissenschaftliches Vergleichsmaterial Kinder der verschiedensten Altersstufen beim Zeichnen aufzunehmen.

Die Zeichnungen der Russen sind nur ein verschwindend kleines Material, große und umfangreiche Sammlungen werden nötig sein, um als Grundlage für den Forscher zu dienen. Der Leiter des Instituts für Kulturforschung richtet daher die Bitte an alle, mitzuhelfen am Aufbau des Archivs. Jede Zeichnung, aber auch jede Menge von Blättern ist hochwillkommen. Wenn irgend möglich, wird gebeten, mit der Bezeichnung J. oder K. zu versehen, ob ein Junge oder ein Mädchen der Urheber ist, ferner das Alter und, soweit bekannt, ob die Arbeit aus eigenem Antrieb, ob sie frei erlitten, nach einem Thema oder nach Natureindrücken gemacht ist. Bei kleinen Kindern ist es erwünscht, für schwerer Entzifferbares die Deutung des Kindes auf einem Zettel beizufügen, am besten mit Nummern an den einzelnen Stellen. Bemerkungen, ob es sich um ein Stadt- oder Landkind handelt, über die sozialen Verhältnisse, in denen das Kind lebt, über seine Begabung, seinen Gesundheitszustand usw. Es muß nochmals hinzugefügt werden, daß es sich um jede Bildübertragung des Kindes, auch des kleinsten, handelt, gleichviel, ob in Farbe oder in Bleistiftzeichnung, daß sie aber für die im Institut geförderten Zwecke möglichst ohne Beeinflussung durch Zeichenunterricht sein müssen, also möglichst freie Kinderzeichnungen.

Meine Laute.

An einem Wintertag — als ich in Westfalen auf einem Bergwerk arbeitete — erhielt ich sie. Von meinem Vater. Als Weihnachtsgeschenk. Sie lag in einer großen Kiste verpackt — wie ein Kindlein in einem Sarg. So lag die Laute, der ich die Kiste gebracht hatte. Und war doch kein totes Kindlein. War eine lebendige Braut, die lang und rief... Ich hatte die Laute in der Dachstube an einen Haken gehangen und in einem Abend „Esse“ gestaut. Ja sogar: Goldesel! Sentimental! wird mancher sagen. Wir war es ein tiefes Bedürfnis. Ein goldhaariges Mädchen war gestorben. Die hatte ein gutes Herz und hieß Elke. Und benahm... Des Mabel starb also. Wäre es leben geblieben, wäre es meine liebhaftige Goldesel gemorden. Nun heißt die Laute Goldesel und ist mit einer liebe Braut — neben der richtigen. Und wenn alles über mich kommt — alle Sorge, alle Not und aller Kummer und ich armeine, ganz darin ertrinken zu müssen, dann greife ich zu der Laute und schlage die Saiten. Eine... zwei... mehr sind wohl nicht drauf. Eine tupferne, brunnene und eine helle, singende. Die einen Silberklang hat. Sie ist wie ein Kinderlächeln... Ich kann heute noch nicht spielen. Und greife doch in die Saiten. Da die eine, in die beiden und zupfe tief und hohe Klänge hervor, hole sie heraus aus Seide und Haig und lasse sie über meinen wundenden Herzen flattern wie Schmetterlinge über aufgetragene Frühlingserde. Und weiß und fühle dann, wie das Leben in meine Brust greift und dort in die Saiten fäst... in eine... in zwei...

in die-wenigen, die ein großes Leid mit gelassen hat... und mein eigenes Ich mich wieder hören läßt — daß ich schon verloren wähnte...

Horch!
Meine Laute klingt!
Mein Herz klingt!
Alfred Fröhliche.

Neue Reichsmarken. Für Auslandsbriefe, für den Wert von 0,30 Mk., wird jetzt eine neue Adlernote ausgegeben, bei der das Reichspostministerium einen Entwurf von Siegmund von Wach in München verordnet hat. Der Künstler hatte im Auftrage des Reichspostministers das neue Reichslogo geschaffen, und dessen Adler hat er nun für eine Briefmarke zweckentsprechend verändert. Diese neue Adlernote wird demnach eine Genossin in der neuen Luftpostmarken erhalten. Sie geht auf einen Entwurf von Prof. Habant, dem Schöpfer unseres Parteizyklus, zurück. Während Schmidt-Kolluf, Bach und die meisten anderen den Reichspostler in Barockmanier gezeichnet haben, ist der Habant'sche Adler im Profil, auf einer Felsenrippe niedergelassen, aber mit ausgebreiteten Schwingen, die zum Beginn des Fluges erhoben sind. Das streng lineare, aber lebendig umrissene Tier erscheint auf quillodiertem Hintergrunde. Den Rand der Marke nimmt die Bezeichnung „Deutsches Reich, Flugpost 30 Pf.“ in der Art der alten preussischen Marken ein. Diese beiden nun zur Einführung kommenden Marken möchte Dr. Redlob durch eine Folge erweitert sehen, für die er Motive deutscher Architektur in graphischer Uebersetzung vorgelegt hat. Dafür liegen bereits eine Anzahl Entwürfe vor, z. B. von Ernst Kuffner-Düsseldorf, mit der gotischen Fassade des Rathauses in Münster, von Habant mit dem Braunschweiger Löwen, von Herre-Stuttgart und anderen. Die Wohlhabendnote, die kürzlich mit Beschleunigung herausgebracht wurde, kammt aus einem Entwurf von Prof. Ernst Boehm-Berlin, dafür sind Motive aus den Werken der Romantik in den Wandgemälden der Wartburg vermerkt worden.

Grundgesundheitsfähigkeit des Papiergeldes. Im „Archiv für Hygiene“ veröffentlicht R. H. Pfeifer bakteriologische Untersuchungen über Papiergeld, die die oft befürchtete Gefahr dieses Geldes als Keimüberträger nur bestätigen. Das Papiergeld spielt dabei wahr-scheinlich eine größere Rolle als viele andere Gegenstände unseres täglichen Bedarfs. 446 Geldscheine von verschiedenem Werte und Gebrauchsorte sind dafür auf ihren Bakteriengehalt untersucht worden. Zwischen dem Gebrauchsort der Scheine und der Zahl und Art der gefundenen Keime bestehen keine Beziehungen. Dagegen hat einen Einfluß die Größe des Papiers: glatten Scheinen haften weniger Bakterien an als gerippten. Andere Versuche wollten feststellen, wie lange Keime, die man zum Experiment auf das Papiergeld brachte, darauf lebensfähig bleiben. Es ergab sich, daß verschiedene Keimarten mehrere Stunden bis viele Tage auf Papiergeld ihre Keimfähigkeit behalten.

Die Jungferbahn vor der Vollendung. Die vom Jungferbahn ge-... (Text is partially cut off)

Tusar zum Gedächtnis.

Ehrung im Sozialdemokratischen Parteiausschuss.

Die heutige Sitzung des Sozialdemokratischen Parteiausschusses wurde von Gen. Bels mit folgender Ansprache eingeleitet:
Am Hause der tschechoslowakischen Botschaft findet heute die Trauerfeier für einen Mann statt, den wir mit Stolz zu den Unseren zählen, und dessen wir in dieser Stunde ehrend gedenken. Genosse Tusar, ein Mann, der engen proletarischen Verhältnissen entsprang hatte sich durch seine hohen persönlichen Eigenschaften schon in jungen Jahren zu einem Führer der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung seines Landes emporgearbeitet. Wenn ihn jetzt das Berliner diplomatische Korps als einen Besten feiert und beiraucht, so zeigt das, welche Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung vorhanden sind. Als Ministerpräsident seines Vaterlandes hat Gen. Tusar die Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen gewünscht, die Kraft der nationalitätlichen Welle hat diesen Plan zum Scheitern gebracht. Als Vertreter der tschechoslowakischen Republik in Berlin hat er in vorbildlicher Weise gewirkt. Wo wir als Parteivorstand Gelegenheit hatten, mit ihm in Meinungsaustausch zu treten, empfanden wir die Stärke seiner Überzeugung, daß gute Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten für beide eine Lebensnotwendigkeit seien. Nicht nur die Sozialdemokratische Partei seines eigenen Volkes hat unendlich viel verloren, auch für den internationalen Sozialismus sinken mit dem Frühverstorbenen große Hoffnungen ins Grab.

Der Parteivorstand hat der Witwe des Gen. Tusar und dem Vorstand der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in Prag telegraphisch sein Beileid ausgesprochen.

Was ist die JAH.?

Auf dem Reichstagskongress der JAH., der kampflos nach außen hin politisch-neutral, in Wirklichkeit nur geschickt drapier-ten kommunistischen „Wohlfahrtsinstitution“ hat Herr Willi Münzenberg, der offizielle Sprecher der JAH., in der kategorischsten Weise den kommunistischen Charakter seiner Gründung zu leugnen gesucht. Seine Ablehnung verbarb er unter den überflüssigen persönlichen Angriffen gegen den „Vorwärts“, die bei dem dort versammelten kommunistischen Publikum selbstverständlich vollen Beifall fanden. Münzenberg hatte die Stirn, die von uns veröffentlichten Auszüge aus dem Protokoll der JAH. vom Juni 1923 als Fälschung zu bezeichnen. Wenige Tage vorher waren es noch „ungenauere Aufzeichnungen“ gewesen. Wir möchten Herrn Münzenberg gern den Gefallen tun und auch auf seine allerneueste Tätigkeit zurückkommen. In der „Dresdener Volkszeitung“ vom 17. März finden wir eine eingehende Darstellung eines Vortrages, den Münzenberg dort zwei Tage vor der sächsischen Landeskonferenz der JAH. hielt. Die „Dresdener Volkszeitung“ berichtet auf Grund eines stenographischen Verhandlungsberichtes und schreibt:

Dieser Vortrag zeigte deutlich, wozu die Reise gehen soll und welchen politischen Zweck die Arbeiterhilfe dient. Münzenberg erklärte zwar, daß die JAH. eine überparteiliche Organisation sei. Aber er widerlegte diese Behauptung durch seinen weiteren Vortrag, der fast ausschließlich gegen die SPD. gerichtet war. Seine Rede war eine ausgesprochen politische und steigerte sich am Schluß zum kommunistischen Wahlfrecc

Die hauptsächlichsten Aufgaben der JAH. wurden von Münzenberg scharf und sehr deutlich umrissen: alle Arbeiter umfassend zu einer Selbstschutzhorganisation zusammenschließen. Nicht etwa, um dadurch allein die Hungerkrieger wirksam unterstützen zu können, sondern um politische Ziele zu erreichen und um an die arbeitenden Schichten unerschütterlich heranzukommen.

Der Plan der Münzenberger geht dahin, eine Organisation unter kommunistischer Leitung zu schaffen, die, nach außen durch das philanthropische Schild gesichert, sich die bestmögliche kommunistische Methode der „Zellenarbeit“ zu eigen macht. So erklärte Münzenberg u. a., daß sich die Arbeiter industrieller Großbetriebe kollektiv der JAH. anschließen müßten, damit die Organisation die nötige Stützkräfte erhalte. Der JAH. hätten sich zwar bekannte Persönlichkeiten wie Ranzen, Einstein, Graf Arco usw. angeschlossen. Wieder als alle diese Persönlichkeiten sei ihm aber der kollektive Anschluß eines Großbetriebs mit 2000 Arbeitern. Der demnächst in Berlin tagende internationale Kongress der JAH. werde beschließen müssen, in erster Linie die Opfer wirtschaftlicher Kämpfe zu unterstützen. Schon bei den letzten großen Streiks habe die JAH. innerhalb 24 Stunden eingegriffen. Die JAH. werde dazu übergehen,

unterstützt durch ihre starke Organisation in den Betrieben, gegen den Staat Stellung zu nehmen. Staat und Stadt müßten gezwungen werden, mehr zu tun für die Opfer wirtschaftlicher Kämpfe. Der Traum der Arbeiterrepublik und die Frage der proletarischen Revolution, von deren unabwendbarem Kommen er überzeugt ist, nahmen in dem Referat Münzenbergs naturgemäß einen besonders breiten Raum ein. Ein Abbrechen der Diskussion konnte nach nicht in Frage, wohl aber die oben gekennzeichnete Umstellung. Man werde die JAH. erst in dem Moment auflösen, wo eine gerechte Verteilung der Lebensmittel durch den kommunistischen Staat feststünde. Schließlich warnte Münzenberg vor den Gefahren der Deutschösterreichischen und Deutschsozialen und teilte unter großer Bewegung der Versammlung mit, daß ganze Trupps von radikal-antiarbeiterischen zu den Stahlfabrikanten übergetreten seien.

Nach diesem Bericht wird es Münzenberg jedenfalls schwer fallen, den kommunistischen Charakter der JAH. zu leugnen. Wir wünschen ihm und seiner Gründung von Herzen das Allerbeste. Wenn sie imstande ist, wirklich etwas zu leisten, um so besser. Wir möchten nur, daß die Kommunisten ehrlich genug sind, unter ihrer eigenen Flagge zu stehen, und daß sie auf jeden Versuch verzichten, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei vor ihren Parteiwagen zu spannen. Wir haben gar keine Lust, der kommunistischen Sprengkraft die Arbeit an irgendeinem Punkte zu erleichtern. Das hysterische Geschimpfe über unsere angeblichen Fälschungen entspringt ja nur der Wut darüber, daß diese Winkeltzüge von uns entlarvt werden.

Ernste Lage in Irland.

London, 25. März. (II.) Der heutigen Sitzung des irischen Parlaments sieht man in Dublin mit unmerklicher Beforgnis entgegen. Die Gnadenfrist, die die irische Regierung den aufständischen Offizieren einräumte, ist Sonnabend abend 8 Uhr abgelaufen. Man hatte den Offizieren versprochen, daß sie gegen Erteilung ihres Checmoories auf freiem Fuß belassen würden. Es hat sich indessen kein Offizier gemeldet. Am Sonabendabend erklärte der zurückgetretene Handelsminister Grath, er beabsichtige bei Wiederöffnung des Parlaments aus demselben auszuschiden. Andere Mitglieder würden seinem Beispiel folgen. Grath beschuldigte die Regierung, den Offizieren zu drückende Bedingungen auferlegt zu haben. Er erklärte ferner, daß die Regierung gegen die Vereinerbungen verstoße, die sie mit ihm in der Angelegenheit dieser Offiziere getroffen habe. Angesichts der Stellungnahme Graths rechnet man mit der Möglichkeit erster Instimmungen innerhalb der Regierungsparteien.

Ein Normaljahr?

Pünktlich hatte der Winter seine Herrschaft angetreten, und man kann heute sagen, daß auch das Frühjahr rechtzeitig nach dem kalender sich eingestellt hat. Welch ein Wandel in wenigen Tagen. Vom blauen Himmel lacht die Sonne herunter; der Wind kommt aus wärmeren Gegenden des Westens und Südens, die letzten Spuren von Schnee und Eis haben sich verflüchtigt.

Venzzauber! Wer empfindet nicht die Wohlthat des Temperaturwechsels, wer knüpft nicht an die Hoffnungen auf ein gutes, fruchtreiches Jahr! Es kann ja gar nicht wieder kalt werden — so hört man die Menschen sprechen, die im schnell eröffnenden Biergarten sitzen und die Wirkung der Sonnenstrahlen durch entsprechende Zuschauernahme kühlender Flüssigkeiten zu paralysieren suchen. Gemiß, die Chancen sind vorhanden, daß die Natur uns mal ein Normaljahr beschert, in dem nicht im Juni noch die Bohnen und Gurken „hops“ gehen, weil ein Nachtfrost über sie dahingezogen ist. Saum cuique — jedem Jahresabschnitt das Seinige: es wäre ein Idealzustand; aber wie im preußischen Königtum es mit der Durchführung jenes Wahlspruches nur so so lala bestellt war, so ist auch die Natur viel zu sehr Selbstherrscherin, um sich an die parlamentarischen Regeln, die der Menschenverstand ihr auferlegt hat, immer zu binden. Also noch nicht zu siegesgewiß auf den milden Frühling, auf den warmen Sommer, auf den goldigen Herbst rechnen — es kann noch ganz anders kommen. Aber der optimistische Sinn des

Deffentl. Wählerversammlung

Mittwoch, den 26. März, abds. 7 1/2 Uhr, in Charlottenburg bei Thunod, Wielandstraße 4.

Tagesordnung: „Die einzelnen Parteien im Wahlkampf“.

Referent: Genosse Dr. Freund, M. d. L.

Diese Werbeversammlung der 57. Abteilung muß von allen Mitgliedern und den mit unserer Partei Sympathisierenden besucht werden.

Menschen gaukeln sich gern solche Idealbilder vor, sei es auch nur, um sich nachher durch Schimpfen auf die Läden des Schicksals austoben zu können. Seit Sommer 1921 haben wir unter den Unbilden der Bitterung gelitten — es wäre also nur eine kleine Abschlagszahlung auf das irdische Glück, wenn wir nun mal zur Normaltemperatur, zum Normaljahr zurückgeführt würden. . . .

Die Untersuchung gegen Frau Biskur.

Belastende Aussagen einer Hausangestellten.

In der Untersuchung gegen die ehemalige Krankenschwester Frau Biskur dauern die Ermittlungen der Kriminalpolizei noch an. Gestern haben sich bereits ein Anzahl Zeugen gemeldet, um über das Verbleiben der Verhafteten Auskunft zu geben. Wer weiter zur Aufklärung beitragen kann, wird ersucht, sich an Kriminalkommissar Ziegler im Zimmer 99a des Präsidiums, Hausanruf 609, zu melden. Eine der Hauptzeuginnen, eine Hausangestellte Anna Röcher, die längere Zeit bei der Familie Körner in Stellung war, ist jetzt in Danzig und dort auch bereits gerichtlich vernommen worden. Mit diesem Mädchen stand die damalige Frau Körner zunächst auf dem besten Fuße. Das änderte sich aber später, als nach Auflösung des Haushaltes das Mädchen zu einem Schwager des Oberinspektors Frenzel gezogen war. In dem Zivilprozeß soll Frau B. versucht haben, sie zu ihren Gunsten zu beeinflussen und dann, als ihr das nicht gelang, sie als unglaubwürdig hinzustellen. Eine Anzahl Briefe, die die Verhaftete mit dem Mädchen gemeinhalt hat, sind beschlagnahmt worden.

Der Raubmord in Hoppegarten.

Zwei Zeugen gesucht.

Wegen eines Raubmordes in Hoppegarten ist auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Würzburg ein 23 Jahre alter ungarischer Maurer Bela Borbeln verhaftet und dem Landgericht in Frankfurt a. O. eingeliefert worden. Borbeln, der aus Urad kommt und richtig Herrenc Molnar oder Molner heißen soll, lernte am 6. Oktober 1922 in einer französischen Kaserne bei Köln zwei Landsleute kennen, einen jetzt 23-jährigen Maurer Anton Müller und einen 21-jährigen Schlosser Johann Ziemer, beide aus Batajed, die ebenso wie er in die Fremdenlegion eintreten wollten. Alle drei gaben aber diesen Plan auf und fuhren am nächsten Tage über Düsseldorf nach Berlin, wo sie am 10. Oktober eintrafen. Am folgenden Tage begaben sie sich nach Hoppegarten, wo sich Borbeln bei dem Hofbesitzer Georg Paschke als Knecht permietete. Müller und Ziemer wanderten weiter und nahmen in Fürstentwade Arbeit an. Vier Tage nach der Trennung von ihrem Landsmann fand man den Hofbesitzer Paschke, einen Mann von 72 Jahren, in seinem Kuhstall er mordeot. Er hatte sich in dem Stall abends zu schaffen gemacht. Ein Verwunderter in der Nachbarschaft, der durch das länger als sonst brennende Licht auf den Stall aufmerksam wurde, sah nach und fand den Greis tot neben einer Kuh liegen. Mit einem kantigen Holzspanntoffel war ihm der Schädel zertrümmert worden. Aus dem Wohnzimmer waren für 3000—4000 Mark Anzüge, bares Geld und eine Tokemöhre geraubt worden. Der Knecht Borbeln war verschwand, und kam nicht wieder. Die Ermittlungen ergaben, daß er in der Nacht nach dem Verbrechen gegen 2 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof im Wartesaal 4. Klasse gewesen war und hier einem Unbekannten für 700 Mark eine Uhr verkauft hatte. Seitdem letzte jede Spur von ihm, bis Borbeln jetzt, fast 1 1/2 Jahre nach der Tat in Würzburg ermittelt und festgenommen wurde. Verschiedene Leute aus Hoppegarten, die den Verhafteten beim Untersuchungsrichter gegenübergestellt wurden, erkannten in ihm bestimmt den ehemaligen Knecht Paschkes wieder. Er leugnet jedoch, der Gesuchte zu sein, wenn er auch zugibt, Borbeln zu helfen. Seine Landsleute Müller und Ziemer, die bald nach dem Verbrechen in Fürstentwade ermittelt wurden und einwandfrei nachweisen konnten, daß sie mit der Tat nichts zu tun hatten, werden jetzt dringend gesucht, um Borbeln ebenfalls noch gegenübergestellt zu werden. Wer über ihren Aufenthalt etwas weiß, wird ersucht, Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums Mitteilung zu machen oder die beiden zu veranlassen, sich selbst dort zu melden.

Den Schulentlassenen.

Für unsere Biersechsjährigen, die in den nächsten Tagen aus der Schule heraustreten und ins Leben hineinspringen, hat Jürgen Brand wichtige Geleitworte geschrieben. Sie sind zusammengestellt in einem kleinen Heft „Jugendbeweise“. Geleitworte von Jürgen Brand. 0.30 M. Arbeiterjugendverlag, Berlin, Lindenstr. 3., das als ganz billige Erinnerungsspende zur Jugendbeweise sich gut eignet, aber auch sonst jedem Schulentlassenen in die Hand gegeben werden sollte. Von Jürgen Brand, dem der sozialistischen Arbeiterjugend wohlvertrauten Freund und Berater, hat man keinen „Schulmeister“ Ton zu erwarten. Er versteht die Kunst, seine jugendlichen Leser zu eigenem Nachdenken anzuregen, das zur Selbstständigkeit im Handeln führt. Auf 24 Seiten bringt das Heftchen nach einer einleitenden Vorrede des dem Jugendlieben gewidmeten Zieles kurze Einzelbeiträge über Schule, Freiheit, Ehrsamkeit und gute Sitten, Solidarität, zweierlei Moral, Alkohol, Einflucht, Freundschaft, Natur, Heimat und Vaterland. Das alles ist angefaßt aus den

Verhältnissen heraus, in die unsere Gesellschaftsordnung und das Getriebe des Erwerbslebens die Söhne und Töchter der Proletarierfamilien hineinzwingt. Ueberall ist Jürgen Brand bemüht, in dem Jugendlieben den Geist der Gemeinshaft zu wecken und zu stärken. Er läßt ihn sich als Glied eines Ganzen fühlen, aus dem jeder einzelne seine Kraft zieht und dem jeder nach seinem Können zu dienen hat.

Abbau der Sozialpolitik und Wahlen.

Ueber dieses Thema sprach Dr. Heinz Potthoff in der Landwirtschaftlichen Hochschule. Der Redner führte etwa folgendes aus: Die nächste Aufgabe des deutschen Volkes ist, die eigene Wirtschaft rationaler zu gestalten und mehr Ertrag aus dem Boden herauszuholen. Alles Elend liegt daran, daß man mehr verkaufen wollte als überhaupt da war. In der heutigen Wirtschaftskrise kommt man nun mit dem Schlagwort „Abbau“. Von seiten des Unternehmers und der Ministerien ging und geht man wirklich planmäßig beim Abbau der Sozialpolitik vor, und begründete dieses Vorgehen als eine notwendige Voraussetzung für eine Wirtschaftsegenbung. In dieser Behauptung steckt ein doppelter Irrtum, der rechtzeitig aufgefakrt werden muß, denn tatsächlich besteht ein Abbau auf dem Gebiet der Sozialpolitik trotz aller schönen Reden. Sozialpolitik ist aber kein Luxus, sondern es handelt sich darum, das wichtigste Volksgut, die Gesundheit und Schaffenskraft der breiten Massen, zu erhalten, und vor Schädigung zu bewahren. Das Wichtigste ist aber die Vermeidung des Raubbaues der menschlichen Arbeitskraft. Gerade das Unternehmertum berücksichtigt nicht die ökonomische Berechtigung des Achtstundentages im Interesse des Gesamtvolkes. Wenn die Unternehmerorganisation auf ihr Programm „Freiheit des wirtschaftlichen Lebens“ geschrieben hat, so ist das Schwindel. Was verstehen sie weiter darunter als restlose Ausbeutung der Werttötigen und Schuß ihres Eigentums. Der wirtschaftliche Menschenschuß muß über diesen Vermögensschuß gestellt werden. Leider hat der 9. November 1918 keine soziale Umwälzung gebracht, und selbst unsere Reichsverfassung hält an der alten Wirtschaftsgrundlage fest. Wer kein Geld hat, muß seine Arbeitskraft verkaufen, indem er sich in den Dienst der Besitzer der Produktionsmittel stellt. Der Redner erinnert dabei an die Worte August Babels: „Ohne Profit raucht kein Schornstein.“ Potthoff kam dann auf die ungerechte Steuereintreibung zu sprechen und fand scharfe Worte gegen die Goldminen. Er schloß mit den Worten: Die Menschen müssen aus den Stätten heraus aufs Land. Wir gehen in die Reichstagswahlen und sind überzeugt, daß nur auf der Grundlage der Demokratie der soziale Volksstaat aufgebaut werden kann.

Nach Italien und der Schweiz.

Italien ist heutzutage wieder das Sehnsuchts- und Reizeziel vieler. Gesellschaftsreisen werden jetzt wieder aufgenommen. Für jeden Italienreisenden ist es aber unbedingt notwendig, sich mit einigen allgemein gültigen Vorkenntnissen über Land und Leute zu versehen. Interessantes hat in dieser Hinsicht Genosse Dr. Alfred Guttmann, der im Institut für Meerestunde über Lira und Oberitalien sprach. Er führte unter anderem aus, daß man niemals als „Wandervogel“ durch Italien reisen dürfe. Diese Leichtprossiere die Italiener aus das äußerste und sie habe dem Deutschtum und den Deutschen schon schwer geschadet. Man müsse sich in Italien auf das romanische Leben einstellen. In Südtalien können junge Damen nicht allein reisen. Ueberhaupt ist das Reisen in Italien unbequem. Je weniger man der italienischen Sprache mächtig ist, je weniger solle man von ihr Gebrauch machen. Hinzu kommt noch, daß die Deutschen es gewohnt sind, alle italienischen Ausdrücke falsch auszusprechen. Ruhe ist die erste Tugend und gute Laune die zweite. Das Malerische mancher Gegend besteht in den verfallenen Häusern und in den in Lumpen einhergehenden Menschen, betrachtet man beides vom hygienischen Gesichtspunkt aus, verliert es natürlich seinen Reiz. In Italien muß man sich vom süßen Richtigstun ansteden lassen und man muß Kunstgeschäfte kennen, um voll genießen zu können. Wann immer man aber in dieses Land kommt, muß man sich auf die gegebenen politischen Verhältnisse einstellen und nie und nimmer darf man die getränkte Lederwurft spielen. — Will man in die Schweiz reisen, muß man bedenken, daß die Schweiz am Genfer See sehr französisch orientiert ist. Die klimatischen Verhältnisse der Schweiz sind recht verschieden, und man muß beachten, daß Höhenlage und Bergklima durchaus nicht für jederman sind. In der Schweiz hat man bekanntlich Lagen die drei Kilometer über dem Meere sich befinden. Ein Schweizer soll man unbedingt vorerst mit seinem Arzt besprechen. Für atmosphärisch eingestellte Menschen ist auch der Föhn sehr schwer zu ertragen.

Die Vorträge waren durch stehende Lichtbilder, die Zeugnis für gute Photographiekunst ablegen, und durch zum Teil bereits bekannte Ufa-Filme illustriert.

Auf Hochbahnhof Nordring wurde am 13. März ein von der Arbeit heimkehrender und den Bahnsteig verlassender Arbeiter, nachdem er seine Fahrkarte abgegeben hatte, auf der Treppe durch einen Stoß zu Fall gebracht, so daß er hinunterstürzte. Zeugen, die einen Polizeibeamten holten, machten die Angaben, daß ein Schaffner von der Sperre den Mann gestoßen habe und dann fortgelaufen sei. Der Schaffner erklärte, der Mann habe eine ungültige Wochenkarte abgegeben, und dieser mußte trotz seiner Erwidernng, daß er gar keine Wochenkarte gehabt, sondern von einem Blod die letzte Karte bemut habe, 3 Mark zahlen. Der Arbeiter, der infolge der erlittenen Verletzungen noch arbeitsunfähig ist, bittet alle Zeugen um Angabe von Name und Wohnung bei W. Kamle, Pantom, Prinz-Heinrich-Straße 4.

Kommunisten in einer deutschösterreichischen Versammlung. Die Deutschösterreichischen hielten gestern abend in den Unionskafeln in der Greifswalder Str. 222 eine Wählerversammlung ab, die von Kommunisten gestört wurde, so daß sich der Versammlungsleiter veranlassen sah, die Versammlung durch die Polizei auflösen zu lassen. Nachdem Schutzpolizeibeamte den Saal geräumt hatten, kam es auf der Straße zu einer großen Anpammung, die sich trotz wiederholter Aufforderungen nicht zerstreuen wollte. Die Beamten griffen schließlich mit dem Gummiknüppel ein, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Der Zusammenstoß des Schnellzuges Ostende—Basel.

Zu dem Eisenbahnunglück auf der Station Bendorf bei Strahburg wird gemeldet, daß bisher 11 Tote und 16 Verwundete zu verzeichnen sind. Die Ursache des Unglücks konnte noch immer nicht völlig geklärt werden. Da die Strecke als frei gemeldet worden war, fuhr der D-Zug mit großer Geschwindigkeit. Der Postwagen sowie ein Wagen 8. Klasse und ein Wagen 2. Klasse wurden zertrümmert. Die Lokomotive ist wenig beschädigt, dagegen ist der Tender zerstört.

Schweres Schiffsunglück an der Themsemündung. Der „Times“ zufolge ist an der Themsemündung das englische Frachtschiff „Matatua“ mit einem amerikanischen Dampfer „Lusa“ zusammengefahren. Hierbei wurden acht Mann des englischen Schiffes getötet und sechs verwundet.

Ein englischer Weltflug. Heute beginnen drei englische Flieger die Reise um die Welt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mittwoch, den 26. März.

47. Abt. Die Bezirksleiter werden nebsten, vollständig in der Parteiverammlung der Nacht zu erscheinen und die Passivisten mitzubringen.
71. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Joana, Bismarck- u. de. Bruchler Straße. Tagesordnung: Der Reichstagswahlkampf und unsere Reformen.
120. Abt. Tegel. 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Rahmen der Wählerkaffe, Ernststraße. Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Reichstagswahl. Referent: Gen. Rosenfeld. 2. Vorbereitung zu den Wahlen.

